

Belttunnel: Opposition fordert Klarheit von Regierungsparteien

Wahlkämpfer von SPD und Grünen machen Stimmung gegen das Projekt. CDU und FDP verlangen ein Machtwort von Regierungschef Albig. Hagedorn: Nichts ist entschieden.

Von Curd Tönnemann

2021 soll der Tunnel fertig sein

Der Fehmarnbelttunnel, knapp 18 Kilometer lang, soll ab 2021 das ostholsteinische Puttgarden und das dänische Rødbyhavn verbinden. Die Röhre nimmt vier Fahrspuren und zwei Schienenstränge auf. Die Kosten liegen –

nach ursprünglichen Schätzungen – bei 5,5 Milliarden Euro. Sie werden vom dänischen Staat getragen. Deutschland muss für den Ausbau seiner Hinterlandanbindungen (Straße und Schiene) aufkommen.

na Hagedorn. Der Bundestagswahlkampf von Hagedorn, die „noch immer tapfer gegen die feste Querung kämpft“, sei eine Blamage für Landesregierung und Ministerpräsidenten. Es fehle Albig und dem SPD-Landeschef Ralf Stegner an Durchsetzungskraft, so Hans-Jörn Arp, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Hagedorn, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Ostholstein/Nord-Stormarn, bestätigt, dass es für sie weiter um das „Ob“



Bettina Hagedorn, SPD.

des Tunnelbaus geht. Die Zahl der Gegner wachse, in Ratekau beispielsweise auf 2000. „Ja, es lohnt sich gegen die Querung zu kämpfen, solange das Folketing in Kopenhagen das nötige Baugesetz nicht beschlossen hat“ – in diesem Sinne werbe sie um Wählerstimmen.

Einen echten Dissens zu den Äußerungen von Albig und Verkehrsminister Reinhard Meyer („Der Tunnel wird kommen“) sieht sie: „Wir spielen nur mit verteilten Rollen.“ Auch Grünen-Fraktions-

vorsitzende Eka von Kalben sagt: „Wir haben weit wichtigere Verkehrsvorhaben im Land als die feste Beltquerung.“

Bei einem Ortstermin am Fehmarnbelt hatte Albig erst vor Wochenfrist in Anwesenheit von Hagedorn gesagt: „Ich kann doch nicht wie Rumpelstilzchen durch die Welt spazieren und überall ‚Nein, nein, nein!‘ schreien.“ Der SPD-Kreisverband Ostholstein spricht seinerseits von „Störmanövern“ durch Albig und Meyer. Tunnel-Gegner Lars Winter bestätigt, dass er und Albig nicht auf einer Linie liegen. SPD-Chef Stegner verteidigt die Abweichler: „Bei uns darf man eine abweichende Meinung haben. Wir sind doch nicht die Römisch-Katholische Kirche.“

Die IHK Lübeck mahnt. Das Land stehe vor den größten verkehrspolitischen Herausforderungen vergangener Jahrzehnte. Umso wichtiger sei jetzt der überparteiliche Schulterschluss. **Seiten 2 und 3**

Kein SPD-Klartext zum Belttunnel

Entzweite Partei



Von Curd Tönnemann

Die Kieler Landesregierung hat ein Problem. Das heißt Koalitionsvertrag. Die Grünen haben ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Belttunnel fein in das Papier einfließen lassen. Für viele Sozialdemokraten war das ein faules Ei. Und nun gibt es auch noch Ärger im eigenen Laden: Ostholsteins aufmüpfige Sozialdemokraten verweisen ebenfalls auf die „Weichstellen“ des Vertrags und wollen der Regierungslinie nicht folgen.

Während Bürgerinitiativen längst dafür eintreten, im Hinterland des Beltttunnels das Bestmögliche für alle he-

rauszuholen, geht eine SPD-Bundestagsabgeordnete auf Stimmenfang mit dem Versprechen, das Milliardenprojekt weiterhin rundherum zu bekämpfen. Ungeachtet des Pro-Tunnel-Kurses, den Albig – vor allem seit seiner Stippvisite in Kopenhagen – offiziell eingeschlagen hat. Das bedeutet: Wer in Ostholstein SPD mit der Erststimme wählt, stimmt gegen den Tunnel. Wer SPD mit der Zweitstimme wählt, stimmt dafür. Eine klare Wahlaussage sieht anders aus.

Albig muss deutlicher werden als bisher – da hat die Opposition Recht. **Seiten 1 und 3**